

EDITORIAL



Energieeffizienz ist kein Baukostentreiber, sagt Herdan. (Foto: Messe Düsseldorf / ctilmann)

Liebe Leserinnen und Leser,

der Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, Thorsten Herdan, wies in Berlin den Vorwurf zurück, Energieeffizienz verteuere das Bauen. Außerdem brachte er erneut eine CO₂-Abgabe ins Gespräch, die Verkehr und Wärme in den Klimaschutz einbeziehen soll. Damit stand er in der Woche nicht alleine da: Der Bundesverband Energiespeicher (BVES) sowie der Verein CO₂-Abgabe e. V. sprachen sich ebenfalls für die Abgabe aus.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung will dazu eine umfassende Reform der Abgaben und Umlagen im Energiesektor in den Bundesrat bringen, um die „Wettbewerbsverzerrungen“ zwischen Strom und den fossilen Energieträgern im Wärme- und Verkehrsreich abzubauen.

Nur wenig voran kommt offensichtlich die digitale Energiewende: Das „Digitalisierungsbarometer“ des Bundeswirtschaftsministeriums bestärkt die Kritiker des geplanten Smart-Meter-Rollouts. Auf einer Skala von 1 bis 100 erreicht die Energiewende lediglich einen Digitalisierungsgrad von 22.

Ein Großteil der Betreiber von Solaranlagen ist gar nicht oder unzureichend über den Rollout von intelligenten Messsystemen informiert. Udo Sieverding, von der Verbraucherzentrale NRW, fordert im Interview einen neuen Zeitplan für den Rollout.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre
Oliver Risse
Redakteur
energate immo

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL

🏠 POLITIK & RECHT

Herdan wirbt für Flexibilität bei Wärmewende	2
Kiel bringt Abgabenreform in Bundesrat	2
Speicherverband: CO ₂ -Preis statt EEG	2
CO ₂ -Preis statt Abgaben und Umlagen	3
Marktwächter Energie fordert mehr Transparenz im Fernwärmemarkt	4
Pehnt: „Wir müssen auch die Branche von der Wärmewende überzeugen“	4
Rollout-Verweigerer in Österreich verliert Stromanschluss	5

🏢 MARKT & UNTERNEHMEN

Schumacher: „Wir haben gelernt, dass man Pioniere braucht“	6
Mieter müssen mehr für Öl und weniger für Gas zahlen	6
Wärmepumpenbranche weiter auf Wachstumskurs	7
Lechwerke: Solaranlagen für Mittelständler rentieren sich	7
Solytic kauft Monitoring-Portal von Solarworld auf	8

🚀 DIGITAL & INNOVATIV

„Digitalisierungsbarometer“ befördert Smart-Meter-Kritik	8
Conenergy und Endios bilden Smart-City-Plattform	8
Gerber: „Wir erreichen Autarkiegrade von über 90 Prozent“	9
Sieverding: „Zeitplan für Rollout muss sich ändern“	10
Jaeger: „Die Kombination bekannter Technologien macht das Projekt spannend“	10
Solaranlagenbetreiber sehen Smart-Meter-Rollout kritisch	11
Gateway-Hersteller kooperieren für sichere Lieferkette	12
Eon entwickelt smartes Kälte- und Wärmenetz	12
Heimspeicher-Start-up wendet sich an Kleinanleger	12
Gwadriga macht Strandkorbmanufaktur zum Rollout-Testfeld	13
Unger: „Der Markt blickt auf die Wohnungswirtschaft“	13

TECHNOLOGIEOFFENHEIT

Herdan wirbt für Flexibilität bei Wärmewende

Berlin (energate) - Der Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, Thorsten Herdan, fordert mehr Offenheit bei energetischen Sanierungen. Heute stünden noch nicht alle Techniken zur Verfügung, um die Klimaziele für das Jahr 2050 zu erreichen, stellte Herdan klar. „Wir müssen noch mehr forschen“, sagte er auf dem Kongress „Energiewendebauen“ in Berlin. Strom sei nur für rund ein Fünftel des Energieverbrauchs verantwortlich, das zeige die Aufgabe, die bevorstehe.

Starre Vorgaben seien ein Problem im aktuellen Ordnungsrecht. Herdan sagte zudem, es müsse mit dem Vorwurf aufgeräumt werden, dass Effizienzvorgaben die Baukosten erhöhten. Dass dem nicht so sei, zeigten die unterschiedlichen Kosten zwischen Ballungszentren und der Peripherie, obwohl überall gleiche Vorgaben gelten würden. Die Forschung müsse zeigen, welche Kostensenkungspotenziale entstehen könnten, etwa durch serielle Sanierungen.

Herdan: Kommen um CO₂-Preis nicht herum

Zum Thema CO₂-Preis erklärte Herdan, das Thema sei nicht teil des Koalitionsvertrages, dennoch werde man nicht darum herumkommen. Allerdings werde dies nicht von heute auf morgen geschehen. Sonst gebe es zu viele Gewinner und zu viele Verlierer. Mit Blick auf die Proteste in Frankreich gegen die ökologische Abgabenreform der Regierung sagte Herdan, es reiche nicht aus, dass eine bestimmte Maßnahme dem Klimaschutz diene. „Wir müssen deutlich machen, dass wir Innovation voranbringen und damit auch dem Klimawandel begegnen. Dann nehmen wir die Leute mit“, zeigte Herdan sich optimistisch./kw

BUNDESRATSINITIATIVE

Kiel bringt Abgabenreform in Bundesrat

Kiel (energate) - Die schleswig-holsteinische Landesregierung unternimmt einen Vorstoß zu einer umfassenden Reform der Abgaben und Umlagen im Energiesektor. Das Umweltministerium kündigte an, in der kommenden Sitzung des Bundesrats am 15. Februar eine entsprechende Initiative einzubringen. Darin fordert Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) die Bundesregierung auf, Möglichkeiten zu prüfen, wie sich durch Umlagen und Abgaben „verursachte Wettbewerbsverzerrungen“ zwischen Strom und den fossilen Energieträgern im Wärme- und Verkehrsbereich abbauen lassen.

Als Motivation für den Vorstoß gab der Umweltminister an, dass das aktuelle Umlagensystem notwendige Innovationen verhindere.

„Selbst wenn wir einen Überschuss an regenerativer Energie haben, wird dieser kaum im Mobilitäts- und Wärmesektor genutzt“, beklagte Albrecht. Das blockiere „zukunftsweise Geschäftsmodelle der schleswig-holsteinischen Wirtschaft“ wie etwa Power-to-Heat-Technologien. Sein Antrag soll nun die steuerlichen Voraussetzungen für die Sektorkopplung verbessern, denn „die Fortschritte bei der Wärme- und Verkehrswende in Deutschland sind nicht zufriedenstellend.“

Der Antrag schlägt etwa vor, die EEG-Umlage zu senken. Dazu sollen die Kosten, die auf die Technologieentwicklung zurückzuführen sind, sowie Kosten aus der Privilegierung der energieintensiven Industrie künftig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Zudem macht sich die Initiative für einen einheitlichen CO₂-Preis für alle Sektoren stark. Die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung will die Kieler Landesregierung zur Gegenfinanzierung eines Bundeszuschusses in das EEG-Konto verwenden, sodass die Abgabenreform aufkommensneutral ausfällt.



Der Umweltminister Schleswig-Holsteins, Jan Philipp Albrecht (Grüne), fordert eine Reform der Energiesteuern und -abgaben. (Foto: Ruprecht Stempell)

Stimmen für Abgabenreform mehren sich

Ein weiterer Punkt des Antrags sieht vor, Strom aus Erneuerbarenanlagen künftig von EEG-Umlage und Stromsteuer zu befreien beziehungsweise diese Posten zu reduzieren. Dies soll Wind- und Solarparks „neue Vermarktungsmodelle“ eröffnen und Anreize setzen, Neuanlagen künftig ohne EEG-Förderung zu errichten. Zahlreiche Stimmen aus der Energiewirtschaft hatten sich zuletzt für eine Reform von Energiesteuern und -abgaben und einen CO₂-Preis ausgesprochen, zuletzt auch die Kohlekommission in ihrem Anschlussbericht. Bei Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) steht das Thema aber aktuell nicht oben auf der Agenda./rb

ENERGIESYSTEM 2030

Speicherverband: CO₂-Preis statt EEG

Wilsdruff (energate) - Der Bundesverband Energiespeicher (BVES) spricht sich dafür aus, das EEG perspektivisch durch eine CO₂-Bepreisung zu ersetzen. Das EEG könne auf dem Weg zu einem dekarbonisierten Energiesystem im Jahr 2030 keine wesentliche Grundlage mehr sein, erklärte der Verband im Anschluss an seine Klausurtagung in Wilsdruff bei Dresden. Dort verabschiedete der

BVES ein 10-Punkte-Papier, das ein Zielsystem für das Jahr 2030 beschreibt und Energiespeichern den Weg in den Markt ebnet. Dazu gehört aus Sicht der Speicherbranche vor allem ein verursachergerechter CO₂-Preis in allen Sektoren. Außerdem plädiert der BVES für zeitlich variable Preise für Energie und Leistung. Die Leistung müsse ein „wesentliches Element der Preisgestaltung für den Endverbraucher“ werden. Des Weiteren spricht sich die Speicherbranche für eine transparente Bepreisung von Systemdienstleistungen, für eine vollumfängliche Sektorenkopplung und für mehr lokale und regionale Handelsmärkte und -aktivitäten aus. Ziel müsse es sein, dass Energiespeicher neben Erzeugung, Transport und Verbrauch zur vierten Säule des Energiesystems werden./cs

KLIMASCHUTZ

CO₂-Preis statt Abgaben und Umlagen

Berlin (energate) - Anstelle von Steuern, Abgaben und Umlagen auf den Energiepreis spricht sich der Verein CO₂-Abgabe e. V. in einer Studie für einen einheitlichen CO₂-Preis von 40 Euro pro Tonne aus. Haushalte mit geringem Einkommen könnten von dem Schritt profitieren. Die Abgabe würde anstelle von EEG- und KWK-Umlage sowie Stromsteuer und Steuern auf Heizöl und Heizgas treten. Deren jährliches Gesamtaufkommen liegt aktuell bei 39 Mrd. Euro. In gleicher Höhe wären die Einnahmen bei einem CO₂-Preis von 40 Euro, das Konzept wäre danach in der Theorie aufkommensneutral. Zudem verweisen die Autoren auf den Wegfall des bürokratischen Aufwandes für das Erheben der verschiedenen Steuern und Umlagen.

Durch den Wegfall der Umlagen soll Strom deutlich günstiger werden, versprechen die Autoren der Studie. Insbesondere einkommensschwache Haushalte könnten von der Umstellung laut dem in Zusammenarbeit mit der Ludwig-Maximilians-Universität München entstandenen Konzept profitieren. Aktuell sind sie überproportional

von Energiekosten belastet. Der CO₂-Preis würde zwar die Wärme verteuern, die Kosten dafür bekommen aber etwa Empfänger von Transferleistung erstattet. Sinkende Strompreise durch den Wegfall von Umlagen kämen direkt bei ihnen an. Heizöl und Erdgas würden durch den Vorschlag zunächst um 0,5 bis 0,6 Cent pro kWh teurer, Kraftstoffe um 1,2 bis 1,5 Cent/Liter. Unterm Strich würde ein Geringverdiener mit einem Einkommen von 9.458 Euro pro Jahr 54 Euro sparen. Bei einem Einkommen von 58.000 Euro läge die Ersparnis bei 14 Euro. Für Geringverdiener, die lange Wege mit dem Auto zurücklegen müssen, schlagen die Autoren eine Entlastung über die Pendlerpauschale vor, die dann allerdings für Autofahrer mit höherem Einkommen gestrichen werden soll.

Die Autoren regen an, die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe entweder für Investitionen in Bildung oder Infrastruktur einzusetzen, oder aber eine Rückzahlung an Unternehmen und Verbraucher gemäß deren CO₂-Verbrauch vorzusehen. Jörg Lange, Vorstand des Vereins CO₂-Abgabe, betonte, die Bundesregierung habe nun die Chance, mit einer Umlagereform eine wirksame CO₂-Abgabe einzuführen, die den Kohleausstieg flankieren muss. Die Einführung soll dabei nicht von heute auf morgen erfolgen, damit sich Verbraucher und Unternehmen vorbereiten können. Eine Entlastung der energieintensiven Unternehmen von CO₂-Kosten ist zunächst nicht vorgesehen. „Wir wollen ja bewusst einen Anreiz für Investitionen setzen“, erklärte Ulf Sieberg von CO₂-Abgabe.

Verbraucher sehen CO₂-Preis positiv

Vom Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) kommt grundsätzlich Zustimmung zum Konzept der CO₂-Abgabe. „Es ist positiv, dass die sozialen Aspekte eines CO₂-Preises analysiert wurden“, sagte Anett Ludwig, Energiereferentin beim VZBV. Sie verwies auf eine aktuelle Studie im Auftrag des Verbandes, in der sich 62 Prozent der Befragten für einen CO₂-Preis für Strom und Wärme ausgesprochen haben. Eine CO₂-Bepreisung könnte

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Geschäftsführung:

Marc Hüther

Chefredaktion:

Christian Seelos

Redaktion:

Philip Akoto, Rouben Bathke, Thorsten Czechanowsky, Stefanie Dierks, Dennis Fischer, Steven Hanke, Mareike Lickfeld, Artjom Maksimenko, Alexander Stahl, Michaela Tix, Karsten Wiedemann, Daniel Zugehör

Ständige redaktionelle Mitarbeit:

Dr. Heiko Lohmann

Handelsregister:

Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de
<http://www.energate-immo.de>

Redaktionsanschrift Berlin:

Joachimstaler Str. 20, D-10719 Berlin
Telefon: +49 30 364100-401

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516
anzeigen@energate.de

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Abonnement:

ener|gate immo erscheint wöchentlich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 39,- € (zzgl. MwSt.) monatlich. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-immo.de Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright:

Sämtliche Informationen wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

helfen, die CO₂-Emissionen zu senken, weil die Energieträger im Strom- und Wärmesektor stärker entsprechend ihrer Treibhausgas-Emissionen belastet werden. Entscheidend sei, dass Verbraucher durch einen CO₂-Preis nicht weiter be-, sondern entlastet würden, etwa über eine Rückerstattung der Wärmekosten und günstigere Strompreise./kw

FERNWÄRMEVERSORGUNG

Marktwächter Energie fordert mehr Transparenz im Fernwärmemarkt

Berlin (energate) - Der zur Verbraucherzentrale Niedersachsen gehörende Marktwächter Energie fordert mehr Transparenz für Fernwärmekunden. Der deutsche Fernwärmemarkt sei „ein bunter Flickenteppich aus hunderten lokalen Monopolen“ und verwirre Kunden. Das habe eine Prüfung von öffentlich zugänglichen Vertragsunterlagen von Fernwärmeversorgern ergeben. Es gab demnach fast so viele Formeln und Indizes für die Kalkulation der Preise wie Anbieter. In einigen Fällen gelte das sogar für verschiedene Netze des gleichen Unternehmens, so das Fazit des Marktwächters Energie. Er forderte, die Anbieter auf, ihre Begriffsdefinitionen zu vereinheitlichen und ihre Preise transparenter zu gestalten. Der komplette Untersuchungsbericht steht online zur Verfügung.

„Anbieter sprechen nicht die gleiche Sprache“

„Die Anbieter sprechen noch nicht einmal die gleiche Sprache“, sagte Svenja Gesemann, Projektleiterin des Marktwächters Energie beim Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV). Der Verband fordert deshalb eine bundesweit einheitliche Terminologie und eine Veröffentlichungspflicht für Preisregelungen und Preislisten. Auch die formale Begründung der Preisanpassungen erfolge je nach Anbieter unterschiedlich. Die Untersuchung habe gezeigt, dass Preisanpassungen in 118 von 325 untersuchten Fällen mit Hilfe einer Preisänderungsklausel vorgenommen wurden. In 31 Fällen enthielten die Kundenanschriften lediglich einen Verweis auf die Fernwärme-Verordnung oder die Versorger teilten gar nicht mit, worauf sie ihr vermeintliches Recht zur Preisanpassung stützten. Bei 149 der 325 untersuchten Unternehmen war die Vorgehensweise anhand von öffentlich zugänglichen Informationen nicht erkennbar.

Unverständnis auf Kundenseite

Im Rahmen einer Online-Befragung von betroffenen Fernwärmekunden gab die überwiegende Mehrheit an, die von den Lieferanten erhaltenen Informationen zu Preisanpassungen nur schlecht oder sehr schlecht verstanden zu haben. Nur etwa jeder Zehnte sei mit den erhaltenen Erklärungen einigermaßen zufrieden gewesen, kritisieren die Verbraucherschützer. „Eine transparente Preisgestaltung ist eine Grundbedingung für das Vertrauen der Verbraucher, die Fernwärme nutzen wollen“, betonte Thomas Engelke, Leiter des Teams Energie und Bauen beim VZBV./am

INTERVIEW MIT MARTIN PEHNT, IFEU

Pehnt: „Wir müssen auch die Branche von der Wärmewende überzeugen“

Heidelberg (energate) - Das Umweltministerium in Baden-Württemberg hat die Ergebnisse eines Evaluationsberichts zum Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWärmeG) vorgelegt. Demnach verbessert das Gesetz die CO₂-Bilanz im Gebäudebereich. Über die Ergebnisse sprach energate mit Projektleiter Martin Pehnt, Wissenschaftlicher Geschäftsführer und Vorstand des Ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung.

energate: Herr Pehnt, was sind die zentralen Ergebnisse?

Pehnt: Das EWärmeG verpflichtet Gebäudeeigentümer, beim Austausch eines Kessels mindestens 15 Prozent erneuerbare Energien einzusetzen oder Ersatzmaßnahmen zu ergreifen. Wir haben Statistiken und Marktanalysen ausgewertet, aber auch 1.000 Kunden, 150 Heizungsbauer, 250 Schornsteinfeger und 50 Wohnungsunternehmen befragt. Wir stellen fest: Insgesamt wirkt das Gesetz. Seit 2010 haben sich die Treibhausgaseinsparungen auf rund 400.000 Tonnen CO₂ pro Jahr aufaddiert. Dabei haben wir verschiedene Effekte, etwa das Vorziehen oder Abwarten mit einem Kesseltausch oder auch ohnehin durchgeführte Maßnahmen berücksichtigt. Zentral sind bei Heizungsentscheidungen übrigens die Heizungsbauer: 80 Prozent der von uns befragten privaten Kesseleigentümer verlassen sich auf deren Beratung. Wir stellen aber auch fest: Für die Erreichung der Ziele sowohl des Landes als auch des Bundes reicht das nicht aus. Aus meiner Sicht brauchen wir zusätzlich eine - sozial ausgestaltete und langfristig steigende - CO₂-Abgabe, die den Einsatz erneuerbarer Energien auch wirtschaftlich attraktiver macht.



Pehnt: „Leider ist das Gebäudeenergiegesetz ein Trauerspiel.“ (Foto: ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH)

energate: Gibt es eine Technik, die besonders gefragt ist?

Pehnt: Zu Beginn des EWärmeG im Jahr 2010 war Solarthermie die beliebteste Erfüllungsoption mit 30 Prozent Anteil. Doch mittlerweile setzen die Baden-Württemberger auf einen Mix an Maßnahmen. Knapp ein Viertel wählt Holzheizungen. Wärmepumpen und Dämmung sind recht beliebt, und auch die Kombination aus Biogas und Sanierungsfahrplan wählen 12 Prozent der Verpflichteten.

Anders sieht es übrigens bei Wohnungsunternehmen aus, die viel stärker auf Dämmung setzen, und bei Nichtwohngebäuden. Hier dominieren der Sanierungsfahrplan und Fotovoltaik.

energate: Seit 2015 gibt es den Sanierungsfahrplan. Hat sich das Instrument bewährt?

Pehnt: Insgesamt hat er sich sehr gut bewährt. In einer Befragung bestätigten 75 Prozent aller Befragten ganz oder teilweise, dass der Sanierungsfahrplan nutzbringend und informativ war. Und bei einem Viertel der Befragten hat der Sanierungsfahrplan einen großen Einfluss auf Art und Reihenfolge von durchgeführten und geplanten Maßnahmen. Interessant ist übrigens, dass etwa 40 Prozent der bundesweit geförderten Energieberatungen in Baden-Württemberg stattfinden! Eine klare Wirkung des EWärmeG.

Der Sanierungsfahrplan soll ja dem Besitzer einer ganzheitliche, ökonomisch und ökologisch sinnvolle Sanierungsstrategie bieten. Was wir da allerdings bei einer Detailanalyse der Dokumente auch festgestellt haben: Bei einer Reihe von Sanierungsfahrplänen gibt es noch „Luft nach oben“.

Gerade die Didaktik und das auf die Bedürfnisse des Kunden Maßgeschneiderte können verbessert werden.

energate: Was empfehlen Sie der Landesregierung?

Pehnt: Solange es noch keine bundeseinheitlichen Instrumente für die Wärmewende im Bestand gibt, etwa eine richtige CO₂-Abgabe, sollte das EWärmeG fortgesetzt werden. Wir haben auch eine Reihe von Detailverbesserungen zusammengestellt, wie beispielsweise einige neue Erfüllungstatbestände, und Vorschläge für Verbesserungen im Vollzug erarbeitet. Vor allem aber gilt es, auch die Branche davon zu überzeugen, dass wir eine Wärmewende brauchen. Heizungsbauer, Stuckateure, PV-Installateure und andere Bauakteure können das EWärmeG auch als Geschäftsmodell entdecken. Dann könnte es noch mehr Impulse entfalten.

energate: Wie bewerten Sie die Situation im Bund mit dem geplanten Gebäudeenergiegesetz?

Pehnt: Leider ist das ein Trauerspiel. Das Gebäudeenergiegesetz ist ein Schritt nach hinten. Es bringt nicht die Wärmewende voran, sondern verwässert bestehende Regelungen. Für den Gebäudebestand ist es wirkungslos, und im Neubau wird die erforderliche Weiterentwicklung der Gebäudestandards verpasst. Der Bauherr baut damit in Zukunft vielfach ökonomisch suboptimale Gebäude, wenn er sich am gesetzlichen Mindestmaß orientiert. Und die Chance für eine Vereinfachung des Gesetzes wurde auch verpasst. Da gleichzeitig weder eine CO₂-Abgabe noch eine steuerliche Förderung der Sanierung noch andere größere Maßnahmen absehbar sind, droht dieses Jahr eine verpasste Chance zu werden. Ich kämpfe daher für eine wirkliche Wärmewende.

Die Fragen stellte Thorsten Czechanowsky, energate-Redaktion Essen.

DIGITALISIERUNG DES MESSEWESENS

Rollout-Verweigerer in Österreich verliert Stromanschluss

Oberwang/Bonn (energate) - In Österreich regt sich vereinzelt vehementer Widerstand gegen den Einbau von Smart Metern. Ein Versorger reagierte darauf offenbar mit der Stilllegung des Anschlusses. Auf diesen Fall, der aktuell für Schlagzeilen sorgt, machte jüngst die österreichische Initiative „Stopsmartmeter.at“ aus Oberwang in Oberösterreich aufmerksam. Der Abschaltung ging demnach ein wochenlanger Austausch zwischen dem Verteilnetzbetreiber und der nicht wechselwilligen Kundin voraus. So schildert es zumindest die Betroffene in einem eigenen Bericht, den die Initiative veröffentlichte. „Stopsmartmeter.at“ propagiert in erster Linie generelle Wahlfreiheit für Endverbraucher beim Messwesen. Es handelt sich um ein Netzwerk von 60 kleinen Unternehmen und Verbänden, das vor allem von Umwelt-, Natur- und Verbraucherschützern getragen wird. Mit AAE Naturstrom zählt das Netzwerk auch ein Energieunternehmen zu seinen Mitgliedern. Außerdem führt das Netzwerk „politische Unterstützer“ aus verschiedensten politischen Lagern auf.

Komplizierte Rechtslage in Österreich

Dem Fallbericht zufolge beabsichtigte der Netzbetreiber bereits im November 2018 den Ferraris-Zähler der Kundin im Burgenland auszutauschen. Dabei berief sich das Unternehmen auf das Ende der Eichfrist des Zählers zum Jahresende 2018. Es folgte ein längerer Schriftverkehr, bei dem der Versorger bereits mit Abschaltung gedroht haben soll. Die Abschaltung erfolgte demnach Anfang Januar 2019. Geregelt ist die Digitalisierung des Messwesens in Österreich in Paragraph 83 des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes. Demnach haben „Netzbetreiber den Wunsch eines Endverbrauchers, kein intelligentes Messgerät zu erhalten, zu berücksichtigen“. Allerdings schränkte der Staat dieses Recht bereits insofern ein, als dass die Endverbraucher lediglich noch der Speicherung und Übertragung der Daten an den Netzbetreiber widersprechen dürfen, nicht aber dem Zählertausch.

Deutsche Messstellenbetreiber können Zutrittsrecht einklagen

In Deutschland besteht die Pflicht zum Zählertausch ab 6.000 kWh Jahresverbrauch. Dies gilt allerdings erst, sobald zwei weitere Gateways durch das BSI zertifiziert sind. Eine Wahlfreiheit pro oder kontra Smart Meter gewährt das Gesetz diesen Verbrauchern nicht. Dass es in Deutschland im Verweigerungsfall zu Stromabschaltungen kommt, scheint dennoch unwahrscheinlich. Die Bundesnetzagentur verweist dazu auf Paragraph 38 des Messstellenbetriebsgesetzes und das darin verankerte Zutrittsrecht. Der Paragraph sieht die grundzuständigen Messstellenbetreiber in der Pflicht, die Zähler zu tauschen. Dabei müssen sie diesen zwei Wochen im Voraus schriftlich ankündigen und mindestens einen Ersatztermin anbieten. Verweigert ein Kunde dennoch gegen den Einbau, sei das Zutrittsrecht zivilrechtlich einklagbar, so die Behörde.

Die Zertifizierung der noch zwei fehlenden Gateways durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) steht weiterhin aus. Deshalb ist der flächendeckende Rollout noch nicht gestartet und mögliche Verweigerungsfälle wie der in Österreich eher Zukunftsmusik. Die Eon-Tochter Bayernwerk rät Verbrauchern in ihrer Online-Informationenkampagne zum Thema beispielsweise dazu, sich an die Schlichtungsstelle Energie zu wenden. /pa

MARKT & UNTERNEHMEN

INTERVIEW MIT BERNHARD SCHUMACHER, MVV ENERGIE AG

Schumacher: „Wir haben gelernt, dass man Pioniere braucht“

Mannheim (energate) - Der Mannheimer Stadtwerke-Konzern MVV Energie AG positioniert sich als Dienstleister für Smart-Meter-Konzepte. Für unsere Publikation emw sprachen wir mit Programmleiter Bernhard Schumacher über die Herausforderungen bei der Umsetzung solcher Konzepte. Hier lesen Sie Auszüge des Interviews.

emw: Herr Schumacher, die MVV positioniert sich als Anbieter für Smart-City-Lösungen. In welchen Bereichen sind Sie aktiv?



Bernhard Schumacher ist Programmleiter Smart Cities bei MVV Energie. (Foto: MVV Energie AG)

Schumacher: Wir knüpfen dort an, wo wir von Hause aus Experten sind: in unserem Kerngeschäft, also bei der Infrastruktur für die Energie- und Wasserversorgung. Dort können wir Kommunen dabei helfen, mit Smart Metering und Smart Grid Daten zu erheben und als Grundlage für eine intelligente Steuerung zu nutzen. Dazu kommt noch weitere Sensorik, etwa um in den Städten Luft- und Umweltdaten zu erfassen. Wir wollen Daten möglichst effizient und kostengünstig erheben. Dafür eignet sich in besonderem Maße der Aufbau eines sogenannten LoRa-Netzwerks, also eines Funknetzes auf dem „LoRaWan“-Standard.

emw: Welche Anwendungen wollen Sie initiieren?

Schumacher: Nehmen Sie das Beispiel Mobilität: Über ein Lora-Netzwerk können Sie Umweltdaten erfassen und praktisch in

Echtzeit feststellen, wo es gerade Schwerpunkte bei den Feinstaub- und Stickoxidemissionen gibt. Man kann zugleich aktuelle Verkehrsströme messen und auf Grundlage der Umweltdaten steuern. Wenn öffentliche Parkplätze mit Ladeinfrastruktur und Sensorik ausgestattet sind, kann ich darüber auch ein intelligentes Parkplatzmanagement betreiben. Diese unterschiedlichen Anwendungen können wir verbinden und so die kommunale Infrastruktur, also Straßen und Parkplätze, effizienter nutzen. Das führt zu weniger Schadstoff- und Lärmemissionen - und so zu einer lebenswerteren Stadt.

emw: Worin sehen Sie die größten Schwierigkeiten, denen man bei einem Smart-City-Projekt begegnet?

Schumacher: Ein Punkt ist sicher, die Veränderung zu gestalten. Wir wollen Menschen dazu motivieren, mit alten Gewohnheiten zu brechen - das ist nie einfach. Wir haben gelernt, dass man Pioniere braucht, die anderen zeigen, welche Vorteile ein bestimmtes Angebot hat. Beispiel Smart Metering: Wir brauchen Nutzer, die uns ihre Daten zur Verfügung stellen und am Ende bereit sind, für Mehrwerte, die wir daraus generieren, etwas zu bezahlen. Wenn diese „first mover“ überzeugt sind, ziehen sie andere Nutzer nach. Ein anderer Punkt sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Der Bund stellt beispielsweise über das Programm „Saubere Luft“ Fördergelder für Smart-City-Projekte zur Verfügung. Nur ist leider nicht ganz klar, was genau gefördert wird und was nicht. Hier brauchen wir mehr Transparenz.

Das ganze Interview lesen Sie in der am 30. Januar erschienenen emw.

HEIZKOSTENPROGNOSE 2018

Mieter müssen mehr für Öl und weniger für Gas zahlen

Eschborn (energate) - Trotz einem rückläufigen Verbrauch im Jahr 2018 kommen auf die Mieter wohl deutliche Nachzahlungen für Heizöl zu. Für Nutzer von Gasheizungen sollten dagegen in allen Regionen Deutschlands die Kosten sinken, prognostiziert der Energiedienstleister Techem. Im Vergleich der Gradtagszahlen sei das Jahr 2018 um 7,4 Prozent wärmer als das Vorjahr. Das heißt, der Verbrauch im Jahr 2018 dürfte niedriger ausfallen als im Jahr 2017. Aufgrund der Preisentwicklung müssten Mieter, die mit Öl heizen, dennoch mit Nachzahlungen rechnen. Da der Ölpreis im Jahresvergleich um 21,8 Prozent gestiegen ist, könnten sich die Heizkosten in ölvorsorgten Liegenschaften im Bundesdurchschnitt um 12,8 Prozent erhöhen.

Höhere Heizkosten kommen laut Techem vor allem auf Mieter im Norden Deutschlands zu. So deuten sich in Cuxhaven, List auf Sylt und Westermarkelsdorf auf Fehmarn mehr als 20 Prozent höhere Kosten an. Die konkrete Höhe hänge am Ende aber davon ab, zu welchem Zeitpunkt Heizöl eingekauft wurde. So könne es sein, dass noch alte Reserven mit einem niedrigeren Einkaufspreis verheizt wurden. Für Nutzer von Gasheizungen dürften die Kosten

bundesweit sinken - im Schnitt um 8,9 Prozent. Preissenkungen seien selbst für Helgoland (-0,2 %) und Norderney (-0,8 %) zu erwarten, wo aufgrund der Temperaturwerte mit einem Mehrverbrauch zu rechnen sei.

Viele Heizungsanlagen arbeiten nicht optimal

„Wir müssen Wärme effizienter erzeugen und nutzen, um auch bei steigenden Energiepreisen die Heizkosten zu begrenzen“, kommentierte Frank Hyldmar, Vorsitzender der Techem-Geschäftsführung, die Zahlen. „Viele Heizungsanlagen sind immer noch nicht optimal eingestellt und arbeiten ineffizient.“ Digitale Lösungen könnten dazu beitragen, die Energieeffizienz auf allen Stufen der Wärmeversorgung zu verbessern. Die vorläufige Prognose des Heizenergieverbrauchs hat Techem im Rahmen der Vorarbeiten zur „Energiekennwertstudie 2019“ erstellt./tc

MARKTZAHLN

Wärmepumpenbranche weiter auf Wachstumskurs

Berlin (energate) - Der Verkauf von Wärmepumpen hat 2018 weiter zugelegt. 99.000 Wärmepumpen wurden im vergangenen Jahr 2018 auf dem deutschen Markt abgesetzt, teilte der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) mit. Damit sei das Wachstum nicht mehr so rasant wie in den Vorjahren. Dennoch habe sich die Wärmepumpe mittlerweile im Heizungsmarkt etabliert, so der Verband. Für das laufende Jahr rechnet er deshalb mit einer Fortsetzung des Wachstumstrends.

880.000 verbaute Heizungswärmepumpen

Von den insgesamt verkauften Geräten entfiel mit 84.000 ein Großteil auf die Heizungswärmepumpen, sie kommen damit auf eine Steigerung von acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den größten Zuwachs verzeichneten dabei die Luftwärmepumpen, im vergangenen Jahr wurden 60.500 Geräte abgesetzt, eine Steigerung von 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Splitgeräte haben mit einem Plus von 15 Prozent (27.500 verkaufte Geräte) besonders zugelegt. Bei den Monoblockgeräten fiel das Wachstum mit 6 Prozent geringer aus. Erdgekoppelte Systeme (inklusive Grundwasser-Wärmepumpen) legten mit 23.500 Geräten gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent zu. Die Marktanteile zwischen erdgekoppelten und Luftwärmepumpen habe sich laut BWP gegenüber dem Vorjahr kaum verändert: So machten Luftwärmepumpen mit rund 72 Prozent den Großteil des Wärmepumpen-Absatzes aus (Vorjahr: 71 %). Erdwärmepumpen und sonstige liegen bei 28 Prozent (2017: 29 %). Insgesamt sind in Deutschland damit laut BWP nun rund 880.000 Heizungswärmepumpen installiert.

Auch der Absatz von Warmwasserwärmepumpen sei verglichen mit dem Vorjahr gestiegen (+ 11 %), es wurden 15.000 Geräte verkauft.

Potenzial noch nicht ausgeschöpft

Das Potenzial insbesondere im Gebäudebestand sei aber noch lange nicht ausgeschöpft. „Die Wärmepumpen-Hersteller stehen längst in den Startlöchern für einen Markthochlauf, der den wissenschaftlichen Prognosen entspricht“, hieß es vom BWP weiter. Die Experten gehen dabei von rund 4 bis 8 Mio. verbauten Wärmepumpen bis 2030 und rund 8 bis 17 Mio. bis 2050 aus, wenn Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen erfüllen will.

Vor diesem Hintergrund mahnt BWP-Geschäftsführer Martin Sabel im Hinblick auf das in diesem Jahr zu erwartende Gebäudeenergiegesetz, Klimaschutzgesetz und die einzusetzende Gebäudekommission, „endlich konkrete und effektive Maßnahmen zu vereinbaren“. Auch das Handwerk brauche Anreize, um zukünftig mehr klimaschonende Systeme anzubieten. „Vor allem darf der Fachkräftemangel im SHK- und Brunnenbau-Sektor nicht zur Bremse für die Wärmewende werden“, so Sabel weiter. Laut der Prognos-Studie „Fachkräftebedarf für die Energiewende in Gebäuden“ vergrößert sich die Fachhandwerkerlücke aufgrund des gesteigerten Sanierungsbedarfs durch die Energiewende um mindestens 50 Prozent. 40.000 SHK-Fachkräfte würden demnach bereits im Jahre 2025 fehlen./ml

DIENSTLEISTUNG

Lechwerke: Solaranlagen für Mittelständler rentieren sich

Augsburg (energate) - Die Lechwerke habe eine große Fotovoltaikaufdachanlage für den Augsburger Garnhersteller Letex Spezialgarne installiert. Die auf drei Dächern aufgebaute Anlage kommt auf eine Leistung von rund 190 kW und soll 180.000 kWh Strom pro Jahr erzeugen, der fast komplett in die Eigenversorgung fließt. Über die Einsparungen bei den Energiekosten amortisiere sich die Anlage nach etwa sieben Jahren, teilte die Innogy-Tochter mit. Sie geht von einer Nutzungszeit von „mindestens 20 Jahren“ aus. „Wir sparen jedes Jahr einen fünfstelligen Betrag, weil wir den Strom nun nahezu komplett selbst erzeugen. Zudem können wir unsere CO₂-Bilanz um jährlich 95 Tonnen verbessern“, erläuterte Andreas Schmid, Geschäftsführer der Letex Spezialgarne.

Die Anlage installierte der Solardienstleister Ökohaus im Auftrag der Innogy-Tochter, die Wartung und den Betrieb übernehmen dagegen die Lechwerke (LEW). „Mit Fotovoltaik selbst Strom zu erzeugen ist insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen ein gutes Geschäft“, betonte Thomas Petzuch, Projektleiter bei LEW. Nach einer Potenzialanalyse kann der Gewerbetreibende entscheiden, ob er die Solaranlage kaufen oder pachten will. Die Betriebsdaten werden über einen Datenlogger an ein geschütztes Portal der Lechwerke übertragen, das die Überwachung übernimmt./mt

ÜBERNAHME

Solytic kauft Monitoring-Portal von Solarworld auf

Berlin/Bonn (energate) - Der Berliner IT-Energiedienstleister Solytic übernimmt das Monitoring-Portal Suntrol aus der Insolvenzmasse von Solarworld. Die Transaktion bringt dem Start-up 27.500 registrierte Nutzer als Kunden, die Leistungs- und Ertragsdaten vom Fotovoltaikanlagen mit dem Portal überwachen. Konkret starten mit der Betreuung des Portals will Solytic am 8. März, teilte das Start-up mit. Demnach überwacht Suntrol bislang weltweit 23.000 Solaranlagen mit insgesamt rund 330 MW. Über den Kaufpreis sei stillschweigend vereinbart worden, sagte Solytic-Gründer Alwin Nagel auf energate-Nachfrage.

Solytic setzte sich gegen weitere Bieter durch

Mitarbeiter von Solarworld übernimmt das Start-up mit 30 Mitarbeitern nicht. „Leider kommt niemand aus Bonn nach Berlin“, so Nagel. Solytic legt seinen Fokus auf Monitoring-Software für Solaranlagen. Somit sei Solytic in der Lage, Suntrol allein zu führen. Das ist kein Zufall, denn Solytic ist bereits seit seinem Gründungsjahr 2017 als IT-Dienstleister für das Monitoring-Portal von Solarworld aktiv. Die Zusammenarbeit sei nach wenigen Monaten aufgrund der Insolvenz von Solarworld ausgebremst worden, so Nagel weiter. Dennoch war die Übernahme kein Selbstläufer. „Es gab mehrere Kaufinteressenten“, so Nagel.

Suntrol bleibt als Marke erhalten

Aktuell gibt es einen Hinweis auf der Startseite des Suntrol-Portals, wonach laufende Wartungen einzelne Funktionen außer Betrieb setzen. Das Portal sei in der Vergangenheit nicht immer ganz stabil gelaufen, räumte Nagel ein. Erstes Ziel von Solytic als alleiniger Betreiber sei es, Suntrol technisch auf den Stand der Dinge zu bringen. In einem zweiten Schritt gehe es darum, das Tool mit neuen Funktionen weiterzuentwickeln. Allerdings sei eine komplette Überarbeitung nicht geplant, betonte er. „Das Portal wird in seiner aktuellen Form bestehen bleiben und für die Kunden wie gewohnt nutzbar sein“, so Nagel. Der schwedische Energiekonzern Vattenfall zählt zu den Geldgebern von Solytic./pa

DIGITAL & INNOVATIV

VERZÖGERTER ROLLOUT

„Digitalisierungsbarometer“ befördert Smart-Meter-Kritik

Berlin (energate) - Das vom Bundeswirtschaftsministerium vorgelegte „Digitalisierungsbarometer“ bestärkt die Kritiker des geplanten Smart-Meter-Rollouts. „Auf einer Skala von 1 bis 100 erreicht die Energiewende lediglich einen Digitalisierungsgrad von 22. Das

entspricht der Schulnote 5“, sagte Robert Busch, Geschäftsführer des Bundesverbandes Neue Energiewirtschaft (BNE). Das Gutachten der Beratungsgesellschaft Ernst & Young deckte „eklatante Mängel“ auf. So geht der Zertifizierungsprozess intelligenter Messsysteme laut Busch komplett an den Bedürfnissen von Verbrauchern und Marktakteuren vorbei. Er plädiert dafür, behördlichen Vorgaben für die Zertifizierung auf grundlegende Mindestanforderungen zu begrenzen. Nur so könnten sich zügig Innovationen entwickeln, die echten Kundennutzen bringen.

Das „Digitalisierungsbarometer“ gibt dem Stand der Digitalisierung im Energiesektor in fast allen Feldern schlechte Noten. Vor allem der weiterhin nicht stattfindende verpflichtende Smart-Meter-Rollout fällt dabei negativ ins Gewicht. Das zuständige Bundesamt BSI hatte im Herbst zwar den Startschuss des Smart-Meter-Rollouts für Ende Januar in Aussicht gestellt. Einen Tag vor der Veröffentlichung der neuen Marktanalyse des BSI deutet aber vieles daraufhin, dass sich der Rollout erneut verzögert. Marktteilnehmer rechnen frühestens im April mit dem Start.

„Die Zertifizierungen der Smart-Meter-Gateways kommen nicht nur viel zu spät, es werden auch massive Zweifel an der Tauglichkeit laut“, kommentierte die Grünen-Energiepolitikerin Ingrid Nestle. Udo Sieverding, Energieexperte der Verbraucherzentrale NRW, schrieb bei Twitter: „Ziemlich vermurkst dieser Rollout.“ Er hatte das Rollout-Szenario zuvor in einem Gastkommentar bei energate bereits deutlich kritisiert. In einer aktuellen Umfrage äußern außerdem Betreiber von Solaranlagen deutliche Kritik am gesetzlichen Digitalisierungspfad./cs

KOOPERATION

Conenergy und Endios bilden Smart-City-Plattform

Essen/Hamburg (energate) - Der Energiedienstleister Conenergy baut seine Kompetenzen im Themenbereich Smart City aus. Dazu ist das Essener Unternehmen, zu dem auch der Fachverlag energate gehört, nun eine Kooperation mit dem App-Entwickler Endios eingegangen. Gemeinsam wollen sie eine IT-Plattform entwickeln, die Energieversorgern und Kommunen zahlreiche Smart-City-Anwendungen aus einer Hand ermöglichen soll. Die neue Plattform werde „endios one“ heißen, teilten die neuen Partner mit. Sie soll basierend auf einer Cloud-Architektur eine flexible Lösung anbieten, um möglichst viele Anwendungen unterschiedlicher Anbieter einheitlich abbilden zu können.

Offenes und modulares Konzept

Die Partner verweisen darauf, dass die Nachfrage nach digitalen Kundenlösungen in der Energiewirtschaft enorm ansteige. In dem Zuge entwickelten sich Stadtwerke etwa immer mehr zu „Managern von Smart Cities“. Hier wollen die Partner mit ihrer gemeinsamen IT-Plattform ansetzen. „Was unsere Plattform auszeichnet, ist die offene Konzipierung“, erklärte Malte Kalkoffen, Gründer und

Geschäftsführer der Hamburger Endios GmbH. Diese soll basierend auf einem modularen Konzept kontinuierlich um standardisierte Anwendungen erweitert werden. Der offene Ansatz soll dabei gewährleisten, dass die Plattform auch individuelle Kundenbedürfnisse abbilden kann. „Daher freuen wir uns beim weiteren Ausbau der Produktpalette über neue Partner - sowohl auf der Entwicklungs- als auch auf der Vertriebsseite“, so Kalkoffen.

Conenergy bringt in die Kooperation die Kompetenzen der Tochtergesellschaften Energy App Provider (EAP) und Enerxess mit ein. „Mit unserem heutigen Portfolio im Bereich Energie und Mobilität sind wir bereits erfolgreich auf dem Markt“, erklärte Conenergy-Vorstand Roman Dudenhausen. „Gemeinsam als Team können wir nun Synergien nutzen, um uns ideal in diesem Wachstumsmarkt der Smart Cities zu positionieren.“/rb

3 FRAGEN AN DIRK GERBER, SÜWAG

Gerber: „Wir erreichen Autarkiegrade von über 90 Prozent“

Frankfurt (energate) - Im hessischen Kelsterbach hat der Regionalversorger Süwag ein Quartierskraftwerk errichtet und erhielt dafür den Hessischen Staatspreis für innovative Energielösungen. energate sprach mit Dirk Gerber, Geschäftsführer der Süwag Grüne Energien und Wasser GmbH, über die Besonderheiten des Projekts.

energate: Herr Gerber, wie ist die Idee der Quartierskraftwerke entstanden?

Dirk Gerber: Die Idee für das erste Quartierskraftwerk entstand aus der Notwendigkeit auf die fallenden EEX-Preise für eingespeisten BHKW-Strom zu reagieren und der Überzeugung, durch dezentrale Energieerzeugung den Netzausbau einzudämmen. Technisch waren wir davon überzeugt, dass sich die Stromerzeugung eines wärmegeführten Blockheizkraftwerks (BHKW) perfekt mit der Stromerzeugung einer Fotovoltaikanlage ergänzt. Zu dieser Zeit hat die Stadt Kelsterbach ein innovatives Energiekonzept für eine Wohnraumentwicklung von 180 Einfamilienhäusern gesucht. Unser Quartierskonzept passte perfekt in die Philosophie der Deutschen Reihenhaus AG, die diese Einfamilienhäuser baute.

energate: Wie sieht ein Quartierskraftwerk im Detail aus?

Gerber: Herzstück eines jeden Quartierskraftwerkes ist ein wärmegeführtes BHKW, das auch Strom erzeugt und von einem Brennwertkessel unterstützt wird. Um den Autarkiegrad und damit die Menge an Strom, die für die Versorgung der Kunden innerhalb des Quartieres zugekauft werden muss, möglichst gering zu halten, wurde die Stromerzeugung um eine Fotovoltaikanlage ergänzt. Optional sind unsere Quartiere auch mit einem Stromspeicher ausrüstbar. Diese Technik ist insbesondere bei Bauträgern gefragt, die mit „KfW-40-Plus“-Standard bauen möchten. Durch eine Kombination dieser Techniken erreichen wir Autarkiegrade von über 90 Prozent in der Stromversorgung.

Unsere Quartierstechnik erreicht problemlos die vom Gesetzgeber nach EEWärmeG geforderten Grenzwerte.

energate: Wie skalierungsfähig ist das Konzept aus Ihrer Sicht?

Gerber: Selbstgestecktes Projektziel bei der Entwicklung unserer Quartierskraftwerke war natürlich die Skalierbarkeit und damit die Marktfähigkeit dieses Produkts. Wir wollten sowohl im Neubaubereich als auch im Gebäudebestand eine tragfähige und nachhaltige Energielösung für Projektentwickler, Investoren und Wohnungseigentümergeinschaften ermöglichen, die auch vor dem Hintergrund des Paragraphen 556c BGB und der zugehörigen Wärmelieferverordnung Modernisierungen ermöglicht. Der Vorteil, den die Kunden aus unseren Quartierskraftwerken ziehen, ist mit einem Strompreis, welcher im Schnitt circa 20 Prozent unter den jeweiligen Grundversorgungstarifen liegt, sehr beachtlich.



Gerber: Quartierswerke sind eine richtige Antwort auf die Herausforderungen der Energiewende. (Foto: Süwag Grüne Energien und Wasser GmbH)

Wir haben bei unseren Neubauprojekten Abschlussquoten für unser Quartierstromprodukt von nahezu 100 Prozent. Das spricht doch schon sehr für die Marktfähigkeit unseres Konzeptes. Regulatorisch werden dem Quartierskraftwerk Grenzen nach oben gesetzt, da es bei der Skalierung auf über 150 Einheiten Schwierigkeiten mit dem örtlichen Netzbetreiber geben kann. Hier ist dann der Einzelfall zu prüfen. Auch in der Politik wurde unser Quartierkonzept bereits sehr positiv bewertet. So erhielten wir eine nennenswerte Förderung für unser erstes Quartierskraftwerk vom hessischen Energieministerium. Dies drückt auch den politischen Willen zur dezentralen Wärme- und Stromerzeugung sowie zur Vermeidung des Netzausbaus aus. Für die Herausforderungen, die mit der Zunahme der Elektromobilität und dem damit verbundenen Ausbau der Ladeinfrastruktur auf uns zukommen, gewinnen Quartierslösungen eine noch größere Bedeutung.

Die Fragen stellte Artjom Maksimenko, energate-Redaktion, Essen.

SMART METER

Sieverding: „Zeitplan für Rollout muss sich ändern“

Düsseldorf (energate) - Nach der ersten Zertifizierung für ein Smart-Meter-Gateway wartet die Branche mit Spannung auf die Marktanalyse des Bundesamtes BSI am 31. Januar. energate befragte im Vorfeld Udo Sieverding, Bereichsleiter Energie bei der Verbraucherzentrale NRW, zu Zeitplan und Kosten.

energate: Herr Sieverding, wann erwarten Sie die ersten Einbauten für Haushaltskunden?

Udo Sieverding: Verbraucher mit geringem bis mittlerem Stromverbrauch sind zunächst wohl nicht betroffen. Die Messstellenbetreiber werden die Geräte bei lukrativeren Kunden testen, bei denen sie durch eine komplexere Haustechnik mehr Erfahrungswerte gewinnen. Anders sieht das bei Prosumern aus, die mit ihrer Photovoltaikanlage eigenen Strom erzeugen oder bei Verbrauchern mit Wärmepumpe oder Nachtspeicherheizung. Sie werden die ersten Haushaltskunden sein, bei denen intelligente Messsysteme verbaut werden. Aber auch Mieter, in deren Wohnhaus zum Beispiel eine Bäckerei viel Strom verbraucht, müssen früh mit einem Einbau rechnen - ganz unabhängig vom eigenen Verbrauch. Denn hier sind Mitnahme-Effekte zu befürchten: Fällt ein Zähler im Haus unter die Austauschpflicht, wurde dem Messstellenbetreiber im Messstellenbetriebsgesetz (MSBG) die Option eingeräumt, die anderen gleich mitauszutauschen. Diese Zwangsbeglückung für Mieterhaushalte halten wir für eine krasse Fehlentscheidung.

Beim Zeitplan für den Smart-Meter-Rollout fordern wir eine Aktualisierung. Nach den Verzögerungen bei der Zertifizierung und fehlenden Erfahrungen mit den neuen Stromzählern gehört der Einbau zeitlich verschoben und sollte sich allenfalls auf die Haushalte über 10.000 kWh beschränken. Im ursprünglichen Zeitplan stand zum Beispiel ein Abstand von drei Jahren zwischen dem Rollout-Startschuss und dem optionalen Einbau bei Haushalten mit weniger als 6.000 kWh Jahresverbrauch. Dieser Abstand sollte beibehalten werden. Das würde für die Haushalte unter 6.000 kWh heißen: kein Einbau vor 2022. Nach aktueller Rechtslage wären diese schon 2020 betroffen - ein Unding!

energate: Gibt es Vorteile für Endverbraucher bei Geräten der ersten oder zweiten Generation?

Sieverding: Ja, es gibt Vorteile - irgendwann mal. Aber erstmal sollen Verbraucher jetzt, während die Geräte weiterentwickelt werden, einen Vorschuss darauf zahlen, stellenweise bis zu 100 Euro im Jahr. Das kritisieren wir scharf. Denn damit bald verfügbare Smart-Meter-Gateways mit der technischen Richtlinie konform sind, wurden die Anforderungen immer weiter reduziert. Derzeit müssen Gateways der ersten Generation letztlich nur noch minimale Anforderungen erfüllen. Die verpflichtenden Tarifierungsfälle (TAF) 1, 2, 6 und 7 sehen nur die Übermittlung der Zählerstände oder die Zählerstandgangsmessung im Regel- und Bedarfsfall vor. Nun soll kurz vor der Markterklärung durch das BSI sogar TAF 4, der zeitvariable Tarif, optional werden.

Von dieser Aushöhlung sind beispielsweise Haushalte mit Nachtspeicherheizungen und Wärmepumpen direkt betroffen - sie hätten hier theoretisch einen tatsächlichen Nutzen haben können, der aber nun entfällt.

Unabhängig davon, ob nun vier oder drei TAF möglich sein werden, gilt: die angedachten Mehrwertdienste werden auf Jahre hin nicht Realität werden. Somit entfallen auch Energieeinsparungen und Effizienzgewinne, die der Kosten-Nutzen-Analyse im Gesetzgebungsverfahren zugrunde lagen. Technisch steht die Steuerbarkeit von Erzeugungsanlagen (TAF 11) ganz weit hinten auf dem Plan der Hersteller und des BSI. Auch lastvariable und ereignisvariable Tarife (TAF 3 und 5), die etwa für Verbraucher mit Batteriespeicher und E-Auto attraktiv wären, werden erst später hinzukommen.

energate: Wie schätzen Sie die Zahlungsbereitschaft der Kunden ein?

Sieverding: Schon bei der einfachen modernen Messeinrichtung haben sich bei uns Verbraucher gemeldet, die sich über steigende Kosten und separate Rechnungen gewundert haben. Wenn Prosumer nun bei intelligenten Messsystemen mit derart halbfertigen Geräten durch zusätzliche Kosten belastet werden, rechnen wir mit einer Zunahme der Beschwerden. Smart-Meter-Gateways der ersten Generation, die nicht alle Anforderungen der technischen Richtlinie erfüllen, sollten nur bei Verbrauchern verbaut werden, wenn die Kosten für den Messstellenbetrieb passend zur Reduzierung des technischen Umfangs angepasst werden. Eine Ausschöpfung der gesetzlichen Preisobergrenzen halten wir für unverträglich.

Ein zu selten beachteter, aber erheblicher Kostenfaktor sind die Anforderungen an den Zählerkasten. Erste Erfahrungen der Messstellenbetreiber zeigen, dass in etwa einem Viertel aller Fälle und vorrangig bei Häusern aus der Zeit vor 1965 der Zählerkasten umgebaut werden muss. Die Kosten dafür beginnen bei knapp unter tausend Euro und reichen bis zu mehreren tausend Euro. Das bezahlt allein der Anschlussnehmer, also der Haus- beziehungsweise Wohnungseigentümer. Hier fordern wir eine Härtefallregelung. In bestimmten Fällen sollten dann weder „mME“ und „iMSys“ verbaut werden dürfen.

Die Fragen stellte Michaela Tix, energate-Redaktion.

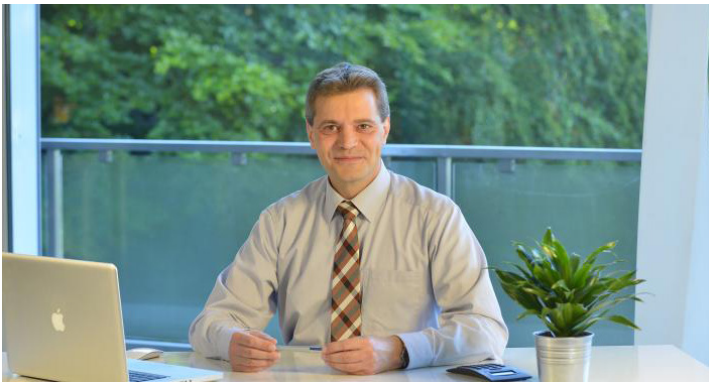
3 FRAGEN AN STEFAN JAEGER, WSW ENERGIE

Jaeger: „Die Kombination bekannter Technologien macht das Projekt spannend“

Wuppertal (energate) - In Zusammenarbeit mit Ten Brinke Wohnungsbau haben die Wuppertaler Stadtwerke (WSW) im Stadtteil Uellendahl ein innovatives Wohnkonzept umgesetzt. Das Projekt „Eulendorst“ habe zwar den Status eines Reallabors, sei aber ganz nah dran, Betriebspraxis zu erlangen, erklärt Stefan Jaeger, bei WSW Experte für die Produktentwicklung von Energiedienstleistungen und neue Technologien, im energate-Interview.

energate: Herr Jaeger, was macht das Konzept Eulenhorst so besonders?

Jaeger: Das Besondere ist die Kombination aus eingesetzten Technologien, intelligenter Vernetzung und Anlagendimensionierung. Nahwärmenetze, Fotovoltaikanlagen und BHKW sind für sich genommen nichts Neues. In der Kombination wird es jedoch spannend. Die Wärme wird in der Heizzentrale größtenteils im BHKW erzeugt. Das ungewöhnlich hohe Speichervolumen im gesamten Netz ermöglicht seine effiziente Fahrweise. Voraussetzung dafür ist eine übergeordnete Steuerung, die die einzelnen Speicher in den Hausstationen intelligent lädt. Die Komponenten Heizzentrale, Nahwärmenetz und Hausstationen verschmelzen zu einer Gesamtanlage. Die gewählte Auslegung des Netzes erfordert keine zentrale Netzpumpe; es wird keine Wärme kontinuierlich im Kreis herum gepumpt. Das minimiert thermische Verluste, spart Strom und reduziert den CO₂-Ausstoß. Bei der Stromversorgung des Quartiers gelangt der gesamte erzeugte Strom in ein privates Arealnetz. Dadurch, dass der Solarstrom der Einzelhäuser im ganzen Areal verteilt wird, wird ein höherer Eigenverbrauchsanteil erreicht als es bei autarken Einzelanlagen der Fall wäre. Das wiederum funktioniert nur dadurch sinnvoll, dass der Strom im Rahmen eines Mieterstrommodells an die Bewohner geliefert wird.



Stefan Jaeger sieht das „Eulenhorst“-Projekt nah an der Wirtschaftlichkeit in der Praxis dran. (Foto: WSW Energie & Wasser AG/th)

energate: Welche Vorteile bringt das Konzept den Bewohnern dieser Häuser?

Jaeger: Wir haben etwas ermöglicht, das jeder Einzelne für sich in dieser Dimension nie hätte erreichen können. Allein käme man nicht auf die Effizienz und die Eigenverbrauchsanteile wie sie die große Anlage bietet. Der Kunde erhält zudem im Hinblick auf seine Wärme- und Stromversorgung ein hocheffizientes Energiekonzept, ohne dass er sich um irgendwas kümmern oder investieren muss. Der Wärmepreis, liegt dabei in einem entspannten Bereich. Den Strom mit seinem hohen Solar- und KWK-Anteil bekommt er zu einem Tarif, der selbst ambitionierten Preisvergleichen standhält.

energate: Das Wohnkonzept hat den Status eines Reallabors. Wie ist es von der praktischen Anwendung entfernt?

Jaeger: Es ist ganz dicht dran. Freilich dient es uns dazu, Erfahrungen im Hinblick auf die Betriebspraxis eines solchen Konzepts zu erlangen. Allerdings darf man den Laborbegriff nicht so verstehen,

dass am Ende jemand feststellt: „Schade - hat nicht geklappt“. Die WSW haben die Verantwortung übernommen, zuverlässig Wärme und Strom zu liefern. Die eingesetzten Technologien sind bekannt, bewährt und kalkulierbar. Der Schritt nach vorne steckt in der Auslegung, Fahrweise und Steuerung.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist hier seriöses Vorgehen angesagt. Natürlich muss man etwas wagen, wenn man neue Ideen nach vorne treiben will. Aber ein solches Reallabor ist nicht als ein Spielzeug für den detailverliebten Techniker zu sehen. Die Erfahrungen aus dem Betrieb, aber auch schon aus der Planungsphase sollen auf zukünftige Projekte übertragen werden. Dabei soll jeweils geprüft werden, ob und wie weitere Technologien integriert werden können.

Die Fragen stellte Artjom Maksimenko, energate-Redaktion Essen.

MARKTUMFRAGE

Solaranlagenbetreiber sehen Smart-Meter-Rollout kritisch

Kirchdorf (energate) - Ein Großteil der Betreiber von Solaranlagen ist gar nicht oder unzureichend über den Rollout von intelligenten Messsystemen informiert. Das geht aus einer aktuellen Umfrage unter 1.500 Betreibern hervor. Eine Mehrheit bezweifelt zudem den Nutzen des gesetzlich vorgesehenen Einbaus der Geräte. Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende schreibt den Einbau von intelligenten Messsystem bei Solaranlagen ab einer Größe von 7 kW vor. Die Auflage gilt für neue wie auch bestehende Anlagen. Bis 2024 dürfte rund eine Mio. Anlagen betroffen sein, schätzt der betriebernahe Messstellenbetreiber Com Metering. Eine aktuelle Marktumfrage des Unternehmens zeigt nun, dass fast zwei Drittel der Befragten kaum oder gar nicht über den Rollout Bescheid wissen.

Diejenigen, die sich mit den Vorgaben beschäftigt haben, sehen die Pläne zum Einbau der Geräte mehrheitlich kritisch. Nur 21 Prozent gaben an, sie sehen darin einen energiewirtschaftlichen Nutzen. 77 Prozent lehnen den Einbau dagegen komplett ab. Ein Grund dafür dürfte sein, dass die technischen Voraussetzungen, um den Smart Meter zu nutzen, bei vielen Betreibern nicht gegeben sind. Bei 44 Prozent der Befragten ist der vorgesehene Mobilfunkempfang für die Datenübertragung nicht vorhanden. Eine Umrüstung auf Kosten der Betreiber ist daher notwendig. Die im Gesetz geforderte Visualisierung der Stromerträge nutzen dagegen bereits zwei Drittel der Befragten, oft sogar in genauere zeitlicher Auflösung als die gesetzlich geforderten 15-Minuten-Werte des Vortages. Hier würde der Rollout nach Ansicht von Com Metering sogar einen Rückschritt bedeuten.

Rollout mit Kundennutzen verbinden

Fabian Zuber, Geschäftsführer von Com Metering, kritisierte gegenüber energate, dass die Belange der Betreiber von Solaranlagen beim Digitalisierungsgesetz bisher kaum eine Rolle gespielt hätten. „Es ist

daher dringend geboten, den Rollout mit Kundennutzen zu verbinden. Gelingen derartige Anpassungen im Rahmen des aktuellen Zertifizierungsverfahrens nicht, so sollte die Einbaupflicht für PV-Betreiber ausgesetzt werden, bis die nächste Generation der Smart Meter mit breiteren Anwendungsoptionen verfügbar ist.“

Schlechte Noten bei der Digitalisierung der Energiewende zeigte auch das Digitalisierungsbarometer, das energate vorab vorlag. Die von der Bundesregierung beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young sieht in der Analyse kaum Fortschritte. Ein Manko: Die Informationspolitik von öffentlichen Institutionen und Netzbetreibern über den Smart-Meter-Rollout.

Rollout-Start offen

Wann der Smart-Meter-Rollout wirklich beginnt ist weiter ungewiss. Dafür müssen drei unabhängige Unternehmen intelligente Messsysteme am Markt anbieten, die erfolgreich das Zertifizierungsverfahren durchlaufen haben und den gesetzlichen Anforderungen entsprechen, so das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Eine entsprechende Marktanalyse veröffentlicht das BSI am 31. Januar. Aktuell ist erst ein Unternehmen zertifiziert. Beobachter gehen davon aus, dass sich der offizielle Start noch bis zum 1. April verzögern wird./kw

+++ KURZ NOTIERT +++

Gateway-Hersteller kooperieren für sichere Lieferkette

Mannheim/ Haigerloch (energate) - Die Smart-Meter-Gateway-Hersteller PPC und Theben wollen gemeinsam Manipulationen ihrer Geräte vorbeugen. Beide nutzen ein von PPC entwickeltes und bereits vom BSI zertifiziertes Verfahren, das den Weg von der Produktion eines Gateways bis zur Auslieferung an den Kunden absichern soll. Diese sogenannte sichere Lieferkette verhindere jegliche Manipulation an den Geräten und vor allem das unbemerkte Einschleusen von manipulierten oder nicht zertifizierten Geräten in den Auslieferungsprozess, teilten die Unternehmen mit. Dazu zählen sichere Transportbehältnisse mit einem Schließsystem sowie prozessuale und organisatorische Auflagen an Messstellenbetreiber bzw. EVU. /dz

ENERGIERECYCLING

Eon entwickelt smartes Kälte- und Wärmenetz

Essen (energate) - Der Energiekonzern Eon hat eine neue Technologie entwickelt, um Wärme- und Kältenetze intelligent miteinander zu verknüpfen. Das „ectogrid“ soll vor allem für die Versorgung von Stadtteilen und Quartieren zum Einsatz kommen, teilte das Unternehmen mit. Das Versorgungsnetz funktioniere dabei wie eine thermische Batterie, in die Bewohner oder Gewerbetreibende Wärme und Kälte einspeisen oder entnehmen. Jeder Prosumer hat dabei die Möglichkeit, eigene Energie beizusteuern. Eon führt die

Ectogrid-Technologie derzeit laut eigenen Angaben in enger Zusammenarbeit mit der RWTH Aachen in den deutschen und britischen Wärmemarkt ein.

Ectogrid nutzt Umwelt- und Umgebungsenergie

Zum Heizen und Kühlen von Gebäuden nutzt das Ectogrid vor allem Umwelt- und Umgebungsenergie sowie Abwärme und -kälte. So ließen sich Solarthermie, Grubenwasser, Erdwärme, Abwasser sowie die Abwärme aus einer Backstube oder einem Rechenzentrum als Wärme- oder Kältequellen anzapfen. In Gebäuden und Wohnungen installierte Wärmepumpen schaltet das System bei Bedarf hinzu. Die Wärme- und Kälteversorgung erfolge dabei aus einem gemeinsamen Netz, das durch niedrige Temperaturen von 6 bis 30 Grad Celsius nur sehr geringe Verteilungsverluste aufweise, hieß es von Eon weiter. Dabei schwanke die Betriebstemperatur des Netzes entsprechend dem Einspeise- oder Abnahmeverhalten der Prosumer.

Digitale Intelligenz spielt wichtige Rolle

Eine entscheidende Rolle spiele bei dem Ansatz auch die digitale Intelligenz, denn die cloudbasierte Software „ectocloud“ steuere das Ectogrid auf Basis selbstlernender Algorithmen. Dabei optimiere es das System abhängig von Markt-, Umwelt- und Bedarfsdaten stetig weiter. „Mit Ectogrid erzielen wir im Bereich der Wärme- und Kälteversorgung von Städten deutliche Fortschritte. Die konsequente Nutzung von Abwärme und -kälte im Quartier und die radikale Vermeidung von Verlusten macht dies möglich“, erklärte Stefan Hakansson, verantwortlich für den Bereich City Energy Solutions bei Eon. Auch blieben durch dieses Energierecycling die Kosten für die Kunden in Zukunft bezahlbar.

Für die Ectogrid-Technologie hat Eon gemäß eigenen Angaben 32 Patente angemeldet, die das Unternehmen in Schweden entwickelt hat und beispielweise im Life-Science-Park „Medicon Village“ in Lund einsetzt. Dort soll das Ectogrid die Eigenerzeugung um knapp 80 Prozent reduzieren. Inwiefern sich die Technologie auch in Deutschland einsetzen lässt und wo soll nun eine vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Machbarkeitsstudie zeigen./ml

UNTERNEHMENSFINANZIERUNG

Heim Speicher-Start-up wendet sich an Kleinanleger

Berlin (energate) - Das Berliner Heim Speicher-Start-up HPS Home Power Solutions sammelt Wachstumskapital bei Kleinanlegern. Über die Crowdfunding-Plattform Winwin gibt eine eigens gegründete Beteiligungsgesellschaft Genusschein für Kleinanleger aus. Ziel der nun gestarteten Crowdfunding-Kampagne sei es, insgesamt bis zu 900.000 Euro bei Privatanlegern einzuwerben, teilte das Start-up mit. Zudem werde Winwin-Gründer und Ex-Juwi-Chef Matthias Willenbacher 500.000 Euro in das Jungunternehmen investieren. Die Crowdfunding-Plattform existiert seit

2016. Sie ist ein Nachfolgeunternehmen der Juwi Invest, über die die heutige MVV-Tochter Juwi einige Jahre lang Kapitalbeteiligungen an Windparkvorhaben von Juwi angeboten hatte. Einen festen Zinssatz haben die Genussscheine nicht. Stattdessen orientieren sich die möglichen Ausschüttungen an der Entwicklung des Firmenwerts.

Kombi-Heimspeicher für Ein- und Mehrfamilienhäuser

HPS Home Power Solutions entwickelt den Heimspeicher „Picea“ für Ein- und Zweifamilienhäuser. Das Gerät kombiniert eine Batterie mit einem Elektrolyseur und Brennstoffzelle und einem Energiemanagement-System und sei so in der Lage, ein Haus ganzjährig mit Energie zu versorgen, so HPS. Mit dem Kapital will das Gründerduo Zeyad Abul-Ella und Henrik Colell (ehemals Heliocentris Energy) Teile des Hochlaufs der Produktion finanzieren. Laut Investmentbroschüre plant HPS, ab 2020 in die Serienfertigung zu gehen./pa

SMART METERING

Gwadriga macht Strandkorbmanufaktur zum Rollout-Testfeld

Berlin/Heringsdorf (energate) - Der Berliner Messdienstleister Gwadriga forciert Forschung und Entwicklung zu Smart-Meter-Rollout-Prozessen und Submetering. Auf einem in sich geschlossenen Testfeld in Mecklenburg-Vorpommern spielt das Joint Venture von EWE, Rheinenergie und Westfalen Weser Netz Rolloutprozesse und Messkonzepte durch, um „frühzeitig Betriebserfahrungen“ sammeln, teilte Gwadriga mit. Bei dem Projekt in Heringsdorf auf der Insel Usedom kooperieren die Berliner mit dem Strandkorbhersteller und Wohnmobilvermieter Korbwerk. Dessen rund 10.000 Quadratmeter umfassendes Firmengelände mit Produktions-, Lager- und Büroflächen in mehreren Gebäuden hat Gwadriga mit Smart-Metering-Technologie bestückt. „Die Zusammenarbeit mit Korbwerk bietet uns die Chance, den kompletten End-to-End-Prozess vom Gerät über die Gateway-Administration bis zur Messwertübertragung in der Praxis durchzuspielen“, kommentierte Gwadriga-Geschäftsführer Ralfdieter Füller anlässlich der Inbetriebnahme.

Testfeld wird sukzessive auf Mehrsparten-Messdienstleistungen ausgerichtet

Korbwerk will über die Zusammenarbeit in erster Linie Energieeffizienzpotenziale in der Produktion und im operativen Geschäft heben und so die Nebenkosten senken. Betreiber des Testfelds ist Gwadriga. Bislang geht es allein um Testläufe im Bereich Strom. Perspektivisch wollen die Partner die Sparten Gas, Wärme und Wasser in das Testfeld integrieren und auch Geräte wie Fotovoltaikanlagen oder die Heizung über das Gateway laufen lassen. Zudem werde Gwadriga auch Schalmöglichkeiten als Grundlage für zukünftige Submetering-Anwendungen erschließen, kündigte der Messdienstleister an. Denkbar sei auch, konkrete Ideen von Kunden im Testfeld probeweise umzusetzen.

Im folgenden Interview spricht Christian Unger, Leiter Servicemanagement bei Gwadriga über Hintergründe und Potenziale des Projekts.

3 FRAGEN AN CHRISTIAN UNGER, GWADRIGA

Unger: „Der Markt blickt auf die Wohnungswirtschaft“

Heringsdorf (energate) - Auf der Insel Usedom in Mecklenburg-Vorpommern betreibt der Berliner Messdienstleister Gwadriga ein Smart-Metering-Testfeld. Christian Unger, Leiter Servicemanagement bei dem Joint Venture von Rheinenergie, EWE und Westfalen Weser Netz, erläutert die Hintergründe.

energate: Herr Unger, wie ist das Projekt in Heringsdorf aufgebaut und was bewegt Sie zum Start?

Unger: Wir haben sämtliche PKI-, GWA- und MDM-Betriebsprozesse final aufgebaut und erproben sie nun praktisch End-to-End im Rahmen des Testfeldes. Dazu gehört auch der Umgang mit einer heterogenen Gateway-/Zählerlandschaft von verschiedenen Herstellern und unterschiedlichen Modellständen vor-Ort. So können wir frühzeitig vor dem Rollout-Start Probleme erkennen und lösen. Auch die Umsetzungsmöglichkeiten verschiedener Messkonzepte werden erprobt. Zugleich sammeln wir Erfahrungen bei der Ausrüstung von Arealnetzen und können Grundlagen für künftige CLS-Anwendungen schaffen. Das Testfeld ist nicht als zeitlich begrenztes Projekt aufgesetzt, sondern als mehrjähriges Evaluationslabor, das sukzessive um neue und zusätzliche Aspekte und Entwicklungen erweitert wird.



Unger: „In erster Linie geht es jetzt darum, den Pflicht-Roll-out-Start gut zu meistern.“ (Foto: C. Unger)

Wir haben ein Testfeld gesucht, in dem wir die Betriebsprozesse über den gesamten Metering-Lebenszyklus hinweg erproben und optimieren können, insbesondere unter realistischen, nicht idealtypischen Bedingungen. Neben der Produktion vermietet Korbwerk auf seinem mehr als 10.000 qm großen Gewerbeareal Stellplätze für Wohnmobile sowie gewerbliche Büroflächen. Damit haben wir hier eine komplexe Gebäude- und Infrastruktursituation, die hohe Anforderungen an die Messungen sowie die zu gewinnenden und aufzubereitenden Messwerte stellt. Dazu kommen weitere Fakto-

ren, wie die Einstrahlung ausländischer Mobilfunknetze, die Lage im ländlichen Raum, lokale Montagesituationen mit hoher Pegeldämpfung oder Last- und Verbrauchsspitzen bei Einsatz energieintensiver Maschinen.

energate: Wo liegen die Schwerpunkte bei dem Projekt, inwiefern geht es um Mehrsparten-Metering?

Unger: In erster Linie geht es erst einmal darum, den Pflicht-Roll-out-Start gut zu meistern - dort liegen unsere aktuellen Schwerpunkte und darauf ist dieses Projekt primär ausgerichtet. Es ist unser Selbstverständnis, ein performanter und effizienter Service-Dienstleister für unsere Gesellschafter und Kunden zu sein. Schon in der Phase der Projektidee war klar, dass die Integration und Anbindung weiterer Medien an das SMGW als Leistungsbaustein in das Testfeld mit einfließen würde. So können wir den Projektscope und -umfang schrittweise erweitern. Nach unseren Planungen werden wir noch 2019 die Medien Gas und Wasser mit anbinden, aber auch das Thema CLS-Integration steht quasi schon vor der Tür.

energate: Welches sind die interessantesten Mehrwertdienste?

Unger: Mehrwertdienste ist ein quasi undefinierter Begriff und so hat jeder dazu eine andere Vorstellung im Kopf. Wie wir derzeit in Projekten und Anfragen sehen, fokussiert sich aktuell das marktliche Interesse stark auf die SMGW-Integration von Mehrsparten- und Submetering, Ziel ist die Gewinnung der Wohnungswirtschaft als Kundensegment vor dem Hintergrund von §6 MsbG, aber von dort kommen auch starke Signale, selbst in energiewirtschaftliche Rollen einzusteigen. Zudem gibt es differenzierte Ansätze, mittels Schalthandlungen über das SMGW Mehrwerte als Systemdienstleistung zu platzieren, etwa im Rahmen von virtuellen Kraftwerken. In beiden Themenfeldern sind wir als Projektpartner aktiv und sehen klare Potenziale.

Die Fragen stellte Philip Akoto, energate-Redaktion Essen.